

„Sohn wurde mundtot gemacht durch den staatlichen Betreuer und Vollmachts-Betrug somit vorbereitet“

Beschreibenden Artikel und Stellungnahme zum Thema Betreuungsgericht und Soziale Betreuungsorganisation Regensburg

Zur Einordnung der Situation:

Dieser Artikel beschreibt die Situation einer demenzerkrankten Dame (damals 74. Jahre alt), die in ein Regensburger Pflegeheim eingezogen ist und große Schwierigkeiten gesundheitlicher Art ertragen musste, da sie in den Händen des Betreuungsgerichtes und den zähen Mühlen des komplexen Dreiecks (Pflegeheim, Rechtliche Betreuer, Betreuungsgericht, BKH) steckte.

Der Artikel verfolgt das Ziel einer Verbesserung der momentanen Situation, wie in Zukunft ein besserer Umgang gelingen kann und muss. Derartige Fälle sind allein in Bayern zu tausenden anstehend und im gesamten Bundesgebiet sogar zu Zehntausenden vergleichbaren Fällen... Diese Zahl wird sich in den nächsten Jahren sogar noch erhöhen. Eine Studie dazu kann auf der Seite mit der Angabe der Referenzen der Studie nachverfolgt und geprüft werden:

<https://www.airpurheaven.com/images/2022-update-airpurheaven.pdf>

Quellenangabe:

<https://www.alzheimer-bayern.de/demenz/zahlen-und-fakten>

<https://www.stmgp.bayern.de/pflege/demenz/>

<https://di.aerzteblatt.de/int/archive/article/232612>

TABLE 1						
The prevalence of dementia in Europe by sex and age group (15) and the estimated number of persons with dementia in Germany as of 31 December 2021						
Age group (years)	Mean prevalence in Europe . %			Estimated number of persons with dementia in Germany		
	Men	Women	Overall	Men	Women	Overall
40–59	0.19	0.22	0.21	22 000	25 000	47 000
60–64	0.86	0.99	0.93	25 000	30 000	55 000
65–69	1.65	2.02	1.85	39 000	52 000	91 000
70–74	3.27	4.19	3.79	64 000	93 000	157 000
75–79	6.55	8.45	7.67	93 000	149 000	242 000
80–84	12.20	15.64	14.35	178 000	317 000	495 000
85–89	19.07	24.98	22.96	127 000	278 000	405 000
90+	29.07	39.05	36.32	70 000	236 000	306 000
65+				571 000	1 125 000	1 696 000
Overall				618 000	1 180 000	1 798 000

Tabellarische Quellenangabe: <https://di.aerzteblatt.de/callback/image.asp?id=133146>

Allein damit ist „ein öffentliches Interesse“ erklärbar und substantiiert, und zwar von allen Seiten nach der Juristischen sowie der Gesellschaftspolitischen Perspektive. Dieses Thema wird Deutschland überrollen, wenn man sich dem nicht annehmen möchte.

Gleichzeitig sollen die betroffenen Stellen erwähnt werden, die hauptverantwortlich sind um diesen Komplexbaustein erschaffen haben und dabei ggf. Unstimmigkeiten nahezu provozieren. Es stellt den Sachstand dar, den in dem Aktenzeichen polizeilich und juristisch vorliegt und eingesehen werden kann.

Die Aufsichtsfunktion der Caritas Pflege und Wohnen ist die Caritas AG in Regensburg als Trägerschaft untergeordnet, dem ist der Bischof übergeordnet. Die Aufsichtsperson, die bei Beschwerden jeglicher Art anzeigt, muss diese Hinweise ernst nehmen und für Sorgfalt sorgen. Eine Abwehr dessen ist weder sachgemäß noch hilfreich. Aus dem Grund wurde mit den Caritas-Verantwortlichen Herrn M. Weissmann (Diakon Direktor) & Frau Hattermer (Leitung) Kontakt aufgenommen, die Aussprache erfolgte im Sommer 2024, leider ohne Erfolg im Hinblick auf die Betreuungsübertragung. Die Einschätzung des Pflegeheims hat eine wichtige Bedeutung bei der Entscheidung über die Empfehlung der Betreuungsübertragungsanträge.

Mit großer Enttäuschung beobachte ich seit geraumer Zeit den Umgang mit gravierenden Missständen im Bereich der Betreuung und Pflege in unserem Landkreis. Besonders betroffen macht mich, dass der Regensburger Bischof persönlich aus meiner Sicht nicht ausreichend ansprechbar war, um sich mit den geschilderten Problemen auseinanderzusetzen oder sich einer offenen Diskussion zu stellen. Gerade bei ethisch sensiblen Themen wie dem Umgang mit schutzbedürftigen Menschen in Pflegeeinrichtungen sollte die Kirche eine klare moralische Stimme sein. Vom Bistum Regensburg hätte ich mir hier mehr Dialogbereitschaft und Transparenz gewünscht.

Im Zentrum meiner Sorge steht das Problem einer aus meiner Erfahrung systematischen Übermedikation in Pflegeheimen. Die Folgen für meine Mutter waren schwerwiegend und haben bleibende Schäden hinterlassen. Wenn Medikamente nicht mehr dem Wohl der Patienten dienen, sondern sie ruhigstellen, dann ist eine Grenze überschritten, die in einem Rechtsstaat nicht überschritten werden darf.

Ebenso kritisch sehe ich das Verhalten des Betreuungsrichters Herrn PK (60.) des Amtsgericht Regensburgs. Nach meinem Eindruck wurde dem Grundsatz des rechtlichen Gehörs nicht Rechnung getragen. Familiennahe Betreuung, die vom Gesetz ausdrücklich gewollt ist, wurde aus meiner Sicht nicht in dem Maß berücksichtigt, wie es notwendig und angemessen gewesen wäre. Stattdessen wurde auf Stellungnahmen von Fachstellen verwiesen, deren Einschätzungen ich aufgrund eigener Erfahrungen als problematisch empfinde.

Wenn Verfahren sich verzögern und dringend notwendige Entscheidungen nicht zeitnah getroffen werden, hat das reale Konsequenzen für die Betroffenen. Für Familien bedeutet dies nicht nur eine emotionale Belastung, sondern auch das Gefühl, nicht gehört zu werden. Das beschädigt das Vertrauen in staatliche Institutionen nachhaltig. Dieses Problem ist akut und beschreibt die Situation des Verwaltungsmissbrauch. Die Verweisung auf das Deutsche Rechtssystem ist hier infam und unglaubwürdig.

Ich bin überzeugt, dass unser Rechtsstaat von Transparenz, Verantwortung und Dialog lebt. Kritik muss möglich sein – und sie muss ernst genommen werden. Es geht hier nicht um persönliche Angriffe, sondern um die Frage, wie wir mit den Schwächsten unserer Gesellschaft umgehen und ob familiäre Verantwortung ausreichend respektiert wird.

Ich hoffe, dass diese Themen öffentlich diskutiert werden und dass die zuständigen Stellen bereit sind, Fehlentwicklungen selbstkritisch zu prüfen. Nur so kann verlorenes Vertrauen wiederhergestellt werden.

Zur Situation am Betreuungsgericht Amtsgericht Regensburg

Mit großer Sorge beobachte ich das Vorgehen im Zusammenhang mit dem beantragten Betreuungswechsel am Amtsgericht Regensburg. In einer Situation, die für meine Mutter gesundheitlich hochsensibel und zeitkritisch war, ließ sich der zuständige Betreuungsrichter (PK), nicht nur aus meiner Sicht unnötig viel Zeit mit der Entscheidung über den Antrag.

Ein Betreuungswechsel ist kein bürokratischer Formalakt, sondern kann für einen schutzbedürftigen Menschen existenzielle Bedeutung haben. Wenn der Eindruck entsteht, dass Verfahren verzögert werden, obwohl sich die Lage der betroffenen Person weiter verschlechtert, führt das nicht nur zu praktischen Nachteilen, sondern auch zu wachsender Verzweiflung bei Angehörigen. Gerade wenn bereits gesundheitliche Schäden eingetreten sind, zählt jeder Tag.

Statt zügig zu prüfen, ob eine familiennahe Betreuung im Sinne des Wohls der Betroffenen geboten ist, entstand bei uns der Eindruck, dass Formalien und Stellungnahmen über das unmittelbare menschliche Bedürfnis nach Schutz und Fürsorge gestellt wurden. Diese Verzögerung hat nach meiner Überzeugung mehr Schaden angerichtet als zur Klärung beigetragen. Für meine Mutter bedeutete das weitere Belastungen – für uns als Familie das Gefühl, ohnmächtig zu sein und nicht gehört zu werden.

Ein Rechtsstaat lebt davon, dass Verfahren sorgfältig, aber auch angemessen schnell geführt werden. Wenn notwendige Entscheidungen aufgeschoben werden und sich dadurch die Situation der Betroffenen weiter verschärft, gerät das Vertrauen in die Institutionen ins Wanken. Angehörige, die Verantwortung übernehmen wollen, dürfen nicht durch Verzögerungen entmutigt oder ausgebremst werden.

Es braucht hier aus meiner Sicht mehr Sensibilität für die Dringlichkeit solcher Fälle. Betreuung ist kein abstrakter Verwaltungsakt, sondern betrifft konkrete Menschen mit konkretem Leidensdruck. Wer hier entscheidet, trägt eine hohe Verantwortung – nicht nur juristisch, sondern auch menschlich. Aus den genannten Gründen halte ich diese Person für unseren Landkreis für schädlich und falsch in seiner Berufswahl. Er nutzt seinen Spielraum und zögert sich heraus und fordert erstmal die formalen Anforderungen zu, im Wissen um das hohe Alter der betagten dementen Person und verhindert ein familieninterne Verantwortungsnahe Begleitung in der Betreuung, die nachweislich in Vergangenheit missglückte, und zwar massiv missglückte. Unter diesen beschriebenen Umständen ist der Betreuungsrichter PK eine persönliche Schande für den Landkreis, vor dem man regelrecht warnen muss. Dieser Richter besitzt weder einen moralischen noch einen menschlichen Kompass, seine Zeit muss ablaufen, und zwar dringend und mit Nachdruck.

Was in unserer Betreuungsangelegenheit geschehen ist, wirft für mich eine grundsätzliche Frage auf: Wie sicher ist das Rechtssystem noch für jene, die ihm am dringendsten vertrauen müssen? Wenn in einer Betreuungsakte Entscheidungen verzögert, Einwände übergangen oder familiäre Stimmen nicht ausreichend gehört werden, entsteht der Eindruck eines Systems, das sich von seinem eigentlichen Auftrag entfernt hat – dem Schutz der Schwächsten.

Gerade im Betreuungsrecht geht es nicht um abstrakte Paragraphen, sondern um Gesundheit, Würde und oftmals um die letzten Lebensjahre eines Menschen. Fehlentscheidungen oder unnötige Verzögerungen können reale gesundheitliche Folgen haben. Sie können Familien zermürben, ihnen Kraft rauben und den Glauben an Gerechtigkeit erschüttern. Ein ungeeigneter oder unsensibel handelnder Betreuungsrichter kann mehr Schaden anrichten, als vielen bewusst ist – nicht nur juristisch, sondern menschlich.

Deshalb richte ich folgenden wichtigen Appell an alle **Leserinnen und Leser**: Prüfen Sie genau, mit welchen Institutionen und handelnden Personen Sie es zu tun haben. Hinter jedem Amtstitel steht ein Mensch mit Haltung, Verantwortungsbewusstsein – oder eben auch mit Defiziten. Diese Sorgfalt ist kein Misstrauen aus Prinzip, sondern Selbstschutz. Denn wenn Kontrolle, kritisches Nachfragen und Transparenz fehlen, kann das im Ernstfall auch die eigene Gesundheit oder die eines Angehörigen betreffen.

Ein funktionierender Rechtsstaat lebt nicht von blinder Akzeptanz, sondern von wachsamer Öffentlichkeit. Wenn Betroffene schweigen, ändert sich nichts. Wenn Bürger hinschauen, nachfragen und Verantwortliche kritisch begleiten, **stärken sie die Qualität unserer Institutionen**. Zu viele Familien haben bereits Kraft und Vertrauen verloren. Es ist Zeit, dass wir genauer hinsehen – bevor aus Einzelfällen ein strukturelles Problem wird.

Stellungnahme zur mangelnden sozialen und familiennahen Betreuungsverwaltung im Landkreis Regensburg

Die Erfahrungen mit der Betreuungsverwaltung im Landkreis Regensburg werfen ernsthafte Fragen hinsichtlich ihrer sozialen Verantwortung, ihrer organisatorischen Kompetenz und ihrer Nähe zu den betroffenen Familien auf. Besonders im Bereich der rechtlichen Betreuung zeigt sich ein System, das für Angehörige zunehmend undurchsichtig, bürokratisch überladen und in vielen Fällen wenig lösungsorientiert erscheint.

Im konkreten Fall von Frau Elke Ülkü Sahesch-Pur (78.), kam es zu mehrfachen Wechselanträgen der rechtlichen Betreuer, wegen Verletzungen der Betreuungspflichten in mehreren Fällen sowie der Kommunikationslosigkeit mit den Familienangehörigen. Diese wiederholten Betreuerwechselanträge sowie die damit verbundenen organisatorischen und praktischen Missstände hätten aus meiner Sicht bereits frühzeitig ausreichen müssen, um einen Betreuerwechselantrag zügig und im Sinne einer familiennahen Lösung zu prüfen und zu entscheiden. Stattdessen wurde eine einfache Angelegenheit durch die zuständige soziale Betreuungsstelle des Landkreises Regensburg **unnötig** verkompliziert. Die Stelle nennt sich QM-Audit, das durch ihren Namen durchaus berechtigte Zweifel entstehen lässt, wird im Kreise von Betroffenen sowie der offiziellen MDK-Stelle genannt.

Anstatt Angehörige bei der Klärung eines sensiblen und oftmals emotional belastenden Sachverhalts zu unterstützen, und sozial zu wirken, entsteht der Eindruck, dass die Verwaltung **zusätzliche Hürden aufbaut**. Vorgänge, die eigentlich dem Schutz und dem Wohl der betreuten Person dienen sollen, entwickeln sich zu langwierigen Verwaltungsprozessen, in denen Angehörige immer wieder auf neue Zuständigkeiten, Formalitäten oder Verweise an andere Stellen stoßen.

Besonders problematisch erscheint dabei die teilweise **unklare Rollenverteilung** zwischen Betreuungsgericht, Pflegeeinrichtungen und rechtlichen Betreuern. In der Praxis entsteht der Eindruck eines Systems, in dem Verantwortung zwischen den Beteiligten hin- und hergeschoben wird.

Für Angehörige wird es dadurch nahezu unmöglich, nachvollziehbar zu erkennen, wer tatsächlich zuständig ist und wer Entscheidungen treffen kann oder muss. **Diese strukturelle Unübersichtlichkeit führt dazu, dass berechtigte Anliegen häufig ins Leere laufen. Das darf nicht sein, und hier muss der Schutz der Betroffenen höchste Priorität haben. In Realität sieht es aber anders aus. Oftmals wollen Angehörige keine Betreuung für die betroffenen Familienangehörigen übernehmen oder sind nicht im Stande dazu.**

Hier muss der Hebel der Verantwortung gesetzt werden, um Schäden zu vermeiden, die sich damit vor-programmiert sind.

Auch das Verhalten einzelner verantwortlicher Personen innerhalb der Betreuungsverwaltung wirft Fragen auf. So hat die zuständige Mitarbeiterin des Landkreises, Frau S.-L. (benannte Auditorin), im Zusammenhang mit der Prüfung des Falles meiner Mutter wiederholt erklärt, für bestimmte rechtliche Fragen nicht zuständig oder nicht entscheidungsbefugt zu sein. Anstatt aktiv an einer Klärung mitzuwirken, wurden zentrale Aspekte immer wieder abgegeben oder auf andere Stellen verwiesen. Dieses Verhalten vermittelt Betroffenen den Eindruck, dass Verantwortung vermieden wird, statt im Sinne der betreuten Person und ihrer Angehörigen nach Lösungen zu suchen.

Gerade von einer **sozialen Betreuungsstelle** dürfen Bürgerinnen und Bürger jedoch erwarten, dass dort nicht nur formale Verwaltungsaufgaben wahrgenommen werden, sondern auch ein Mindestmaß an sozialer Verantwortung, Empathie und Engagement vorhanden ist. Die rechtliche Betreuung ist zwar eine juristische Angelegenheit, doch ihre Auswirkungen betreffen immer auch menschliche, familiäre und soziale Aspekte. Diese Dimension scheint im Verwaltungsalltag häufig in den Hintergrund zu treten.

Ebenso entsteht bei manchen Entscheidungen der Betreuungsgerichte der Eindruck eines sehr weitreichenden Entscheidungsspielraums, der für Außenstehende kaum nachvollziehbar ist. Wenn Verfahren sich über lange Zeiträume hinziehen und berechtigte Anliegen von Angehörigen nur schleppend oder gar nicht behandelt werden, entsteht leicht der Eindruck eines strukturellen

Machtgefälles, in dem Betroffene nur geringe Möglichkeiten haben, ihre Interessen wirksam einzubringen.

Die grundlegende Frage, die sich daraus ergibt, lautet: Welche Rolle soll die Betreuungsverwaltung eigentlich erfüllen? Dient sie primär der Unterstützung und dem Schutz betreuter Menschen und ihrer Familien – oder entwickelt sie sich zunehmend zu einer Verwaltungsebene, deren Prozesse und Zuständigkeitsstrukturen für Betroffene kaum mehr nachvollziehbar sind?

Eine funktionierende Betreuungsstruktur sollte Transparenz schaffen, Verantwortung klar zuordnen und Entscheidungen zügig im Interesse der betreuten Person treffen. Wenn stattdessen komplizierte Verwaltungsabläufe, unklare Zuständigkeiten und wiederholte Verzögerungen dominieren, leidet das Vertrauen der Bürger in diese Institutionen erheblich.

Abschließend richtet sich dieser Text auch als Appell an andere Betroffene und Angehörige. Es ist wichtig, sich von komplexen Verwaltungsstrukturen **nicht entmutigen zu lassen** und berechtigte Anliegen weiterhin deutlich zu formulieren. Erfahrungsgemäß bewegt sich in solchen Verfahren oft erst dann etwas, wenn Angehörige konsequent nachfragen, dokumentieren und auch öffentlichen Druck aufbauen.

Der gegenwärtige Zustand der sozialen Betreuungsverwaltung im Landkreis Regensburg wirkt in vielen Punkten unzureichend und bedarf aus Sicht der Betroffenen dringend einer kritischen Überprüfung. Institutionen, die eine so zentrale Rolle im Leben hilfsbedürftiger Menschen spielen, müssen sich letztlich daran messen lassen, ob sie ihrem eigentlichen Auftrag gerecht werden: dem Schutz, der Unterstützung und der Würde derjenigen, die auf sie angewiesen sind.

Viel Kraft an alle Leser in ähnlicher Situation und den festen Glauben in Menschlichkeit, bleiben Sie wachsam.

Regensburg den 08.03.2026

Sadredin Sahesch-Pur



